

Es bestand Einvernehmen, an dieser Stelle den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache-Nr. 07/0248) mit zu behandeln.

Herr Lehmacher schlug vor, über die Verwaltungsvorlage noch nicht zu beschließen. Auf Grund der Beratung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 09.05.2007 sei zu den beteiligten Gesellschaftern Kontakt aufgenommen worden. Von diesen werde weiterer Gesprächsbedarf gesehen. Insbesondere gehe es hierbei um Regelungen für Ankaufs- und Rückgaberechte von Gesellschaftsanteilen. In die Gespräche könnten die mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN formulierten Änderungsvorschläge aufgenommen werden. Für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 05.09.2007 sei die Vorbereitung einer neuen Sitzungsvorlage vorgesehen.

Herr Köhler erklärte darauf hin den Antrag seiner Fraktion als erledigt.

Für die CDU-Fraktion erklärte Herr Chauvistré, dem Vorschlag der Verwaltung zuzustimmen. Er sprach sich dafür aus, der Verwaltung für die anstehenden Verhandlungen die Meinung des Rates für die Ausgestaltung des Gesellschaftervertrages mit auf den Weg zu geben. Aus Sicht der CDU-Fraktion handele es sich dabei um folgende Aspekte:

- Die Funktion des Lärmschutzbeirates solle gestärkt und im Gesellschaftervertrag verankert werden.
- Der von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagenen Änderung des Gesellschaftszwecks schließe sich die CDU-Fraktion nicht an. Dem Ansinnen des Lärmschutzes werde bereits mit einer Verankerung des Lärmschutzbeirates im Gesellschaftervertrag Rechnung getragen.
- Die Frist zur Ausübung des Vorkaufsrechtes soll auf zwei Monate verlängert werden.
- Eine weitere Sicherung beim Wechsel der Eigentumsverhältnisse der einzelnen Gesellschafter sollte vorgesehen werden. Die Geschäftsführung der Flugplatzgesellschaft habe hierzu in einem Schreiben an die Verwaltung angeregt, für diesen Fall im Gesellschaftervertrag Ankaufsrechte der übrigen Gesellschafter vorzusehen. Dem schließe sich die CDU-Fraktion an.

Herr Knülle schloss sich den Ausführungen von Herrn Chauvistré an.

Auf Nachfrage des Bürgermeisters erklärte Herr Köhler, dass er es für unschädlich halte die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagene Ergänzung des Gesellschaftszweckes (Berücksichtigung des Lärmschutzes) in die Verhandlungen mit einzubringen. Der Bürgermeister sagte zu, diesen Aspekt in den Gesprächen mit den Gesellschaftern zu berücksichtigen.

Ergänzend regte Herr Köhler an, den Gegenstand der Gesellschaft in Hinblick auf die Eingaben der Bevölkerung mit einer neutraleren Formulierung als „Förderung des Flugsports“ zu bezeichnen.

Für die FDP-Fraktion erklärte Frau Jung, sich den Punkten 2. – 4. der im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemachten Vorschläge unter Berücksichtigung der Ausführungen der Flugplatzgesellschaft anzuschließen.